

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 40
Dezember 2020

In eine sozial-ökologische Zukunft

Marburger Linke beschloss Programm für die Kommunalwahlen 2021

Anfang November verabschiedete das Bündnis Marburger Linke im Bürgerhaus Bauerbach sein Programm für die Kommunalwahl. Knapp 50 Änderungsanträge lagen vor. Für Furore sorgte besonders bei der CDU einer, der fand, dass Marburg keine Stadtpolizei braucht, sondern die bisherigen Ordnungskräfte völlig ausreichen.

Zentral bleibt für die Marburger Linke ihr Kernthema - die Sozialpolitik. Auch in Marburg mit schöner Altstadt und glänzenden Fassaden renditeträchtiger Bauprojekte gibt es die sozialen Probleme von Familien, die eine bezahlbare Wohnung suchen, von Schüler*innen, die gegenwärtig zusätzlich benachteiligt sind, von der steigenden Zahl Arbeitsloser und Kurzarbeiter*innen, von immer mehr Menschen, die auf eine Versorgung über die Tafeln angewiesen sind.

Die Marburger Linke fordert daher ein kommunales Beschäftigungsprogramm und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Generell gilt: Die Kosten der Corona-Krise dürfen nicht auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden.

Der Stadtpass für Menschen mit geringem Einkommen soll eine größere Rolle spielen. Wer ihn bekommt, soll nach dem Willen der Marburger Linken die öffentlichen Verkehrsmittel in Marburg zum Nulltarif nutzen können. Das ist auch ein Schritt zur Verkehrswende.

Nicht erst seit der Feststellung des Klimanotstands im vergangenen Sommer ist für die Marburger Linke die ökologische Wende ein weiterer Schwerpunkt. Der Verkehr spielt eine zentrale Rolle. Viel zu viele Pkw verpesten die enge Innenstadt. Sie müssen aus dem Stadtzentrum verdrängt, das Binnenklima durch innerstädtische Begrünung verbessert werden. Der



▲ Spitzenkandidat*innen der Marburger Linken: Philip Kaufmann (Platz 12), Anja Kerstin Lercher (11), Renate Bastian (1), Dorian Tigges (8), Jan Schalauske (3) Miguel Sanchez (10), Stefanie Wittich (5), Tanja Bauder-Wöhr (2), Roland Böhm (6), Henning Köster (4) und Inge Sturm (7)

Ausbau eines attraktiven und günstigen öffentlichen Nahverkehrs ist die Alternative zu Staus, Luftverschmutzung und Aufheizung der Innenstadt.

Eng verknüpft sind Sozialpolitik und Klimawende im Wohnungsbau. Der soziale Wohnungsbau ist ein Stiefkind in Marburg: schlechte Aussichten, wenn es um Wohnungen für den kleinen Geldbeutel

geht, die auch energetischen Ansprüchen genügen. Marburg muss eine Stadt sein, in der alle gleichwertige Lebensverhältnisse vorfinden. Das soll für alle Stadtteile gelten, aber auch für Menschen, die aus Krisengebieten bei uns Zuflucht suchen. Marburg soll eine soziale Stadt sein, weltoffen und in der Lage, die ökologische Wende anzugehen.

Renate Bastian

Renate Bastian OB-Kandidatin

Linke stellte Listen zur Kommunalwahl auf

Anfang November stellten das Wahlbündnis Marburger Linke und der Kreisverband der LINKEN ihre Listen für die Stadtverordnetenversammlung (StVV), die Ortsbeiräte und den Kreistag auf. Mit 94 Prozent der Stimmen wurde die Fraktionsvorsitzende und langjährige Marburger Stadtverordnete Renate Bastian zur Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl bestimmt. Auf der StVV-Liste steht sie auf Platz 1, gefolgt von den jetzigen Fraktionsmitgliedern (siehe Bild oben).

Auf der Kreistagsliste wurden die bisherigen Abgeordneten der LINKEN hinter der langjährigen Frakti-

onsvorsitzenden Anna Hofmann auf die vorderen Plätze gewählt (siehe S. 5).



Foto: privat

Wiesbadener Zwischenruf

Dinosaurier bei Dannenrod

Ausgerechnet in einer Zeit, in der wir die Auswirkungen der menschengemachten Klimakrise in Form von Hitzesommern, Dürreperioden und Artensterben drastisch zu spüren bekommen, wird durch unsere Region eine Autobahn gebaut, deren Planungen aus der Mitte des letzten Jahrhunderts stammen. Für die A49 werden intakte Mischwälder gerodet, eine Gefährdung unseres Trinkwassers und eine drastische Zunahme des Verkehrs in Kauf genommen. Wenige werden entlastet, viele werden mehr belastet werden. Die Kosten des Privatisierungsprojekts haben sich in wenigen Jahren verdreifacht. 49,5 Kilometer Autobahn kosten mittlerweile schlappe 1,4 Mrd. Euro! Baufirmen und private Betreiber wird es freuen. Bis heute wurden nicht alle rechtlichen Bedenken ausgeräumt, sinnvolle Alternativen verworfen.

Es verwundert wenig, dass sich SPD und CDU einen Wettstreit der Autobahnbefürworter liefern. Ein Offenbarungseid aber ist das Lavieren der hessischen Grünen. Ihnen ist die Koalition mit der Hessen-CDU wichtiger als ihre einstige Position gegen den Autobahnbau. Das Klima wird in (Mittel-)Hessen nicht von den Grünen in Wiesbaden, sondern von Bürgerinitiativen und Umweltaktivisten verteidigt.

Die A 49 ist ein Planungs-dinosaurier, über den die Zeit hinweggegangen ist. Diese verkehrs- und umweltpolitische Geisterfahrt muss gestoppt werden. Wer die Menschen und das Klima schützen will, der muss diesen Autobahnwahnsinn beenden.

Jan Schalauske

Mobil mit kleinem Geldbeutel

Nulltarif für Stadtpassinhaber*innen würde auch der Stadt Kosten sparen

Wer sich eine Wohnung in der Innenstadt leisten kann, hat die Möglichkeit schnell mal ins Kino zu gehen oder Bekannte zu treffen. Menschen mit geringerem Einkommen leben eher in den oft hügeligen Außenbezirken wie in den Wehrdaer Wolkenkratzen, dem Stadtwald oder auf dem Richtsberg. Wer sich kein Auto oder (E-)Bike leisten kann, ist auf die Busse und die eigenen Füße angewiesen. Das belegt auch eine Befragung der TU Dresden. Danach bewegen sich die Marburger*innen mit einem „sehr niedrigen ökonomischen Status“ nur zu 16 % mit dem Pkw, aber zu 47 % zu Fuß und zu 28 % mit Bus oder Bahn.

Beschäftigte des Landes Hessen und der Stadt Marburg können den Nahverkehr in ganz Hessen umsonst nutzen. Für das Jobticket ihrer Angestellten zahlt die Stadt 13 Euro monatlich an den RMV. Da könnte man meinen, dass Geringverdiener*innen mit einem

Stadtpass auch kostenlos fahren können – zumindest in Marburg. Aber weit gefehlt. Die Monatskarte kostet sie 22,90 Euro und weitere 24,50 Euro muss die Stadt zuschießen – macht zusammen 47,40 Euro. Da wundert es nicht, dass nur die Hälfte der 5.000 Stadtpassinhaber*innen sich eine Monatskarte leistet.

Deshalb fordert die Marburger Linke, dass auch sie künftig die Marburger Busse kostenlos nutzen können. Wie es schon der AStA vor 30 Jahren mit dem Semestericket geschafft hat, soll die Stadt einen Pauschalvertrag für alle Stadtpassinhaber*innen mit dem RMV abschließen und die Kosten übernehmen.

Dieser Vorschlag ist nicht nur sozial und ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Denn mit einem Vertrag wie beim Jobticket könnte die Stadt die Kosten von monatlich 47,40 Euro auf etwa 10 Euro pro Kopf drücken. Selbst

wenn man dann mit dem Stadtpass kostenlos fahren könnte, wäre das billiger für die Stadt als jetzt. Und wenn der Stadtpass als Fahrkarte gelten würde, würde sich der Aufwand der Stadtwerke für den Verkauf von monatlich 2500 Fahrkarten erübrigen.

Insofern läuft die Drohung von CDU-Seite im Sozialausschuss, um diesen Nulltarif zu finanzieren, müsse dann woanders gespart werden, völlig ins Leere.

Ebenso daneben lag Oberbürgermeister Thomas Spies, der behauptet hat, ÖPNV zum Nulltarif nutze SGB II und SGB XII-Bezieher*innen (Hartz IV und Sozialhilfe im Alter) gar nichts, da der Zuschuss auf Hartz IV angerechnet würde. Mal abgesehen davon, dass die bis-

herigen Subventionen auch nicht angerechnet wurden und sich diese pro Begünstigtem halbieren würden (10 statt 24,50 Euro), heißt es seit 2016 im SGB II: „Als Einkommen zu berücksichtigen sind Einnahmen in Geld.“ Da Fahrkarten kein Geld sind, werden sie nicht angerechnet.

Stefanie Wittich, Roland Böhm



Foto: privat

▲ Die Marburger Linke hat Tempo 30 in der Frankfurter Straße durchgesetzt: Stadtverordneter Henning Köster

Neuer Elan für Windkraft?

Stadtwerke sollen Windkraftwerke in Marburg bauen



Foto: Nico Biver

▲ Windkraftanlage nahe Rauschenberg. Andere Gemeinden gehen mit gutem Beispiel voran

In den letzten 15 Jahren ist in Marburg keine einzige Windenergieanlage (WEA) entstanden. Mit Fridays for Future scheint sich aber auch bei diesem Thema etwas zu bewegen. Ein Antrag der Grünen, der Magistrat solle zusammen mit den Stadtwerken Planungen für WEA an den für Marburg beschlossenen Standorten aufnehmen, fand überraschend auch die Zustimmung der SPD.

Die Marburger Linke, die den Bau von WEA als eines der Mittel ansieht, der Klimakrise beizukommen, hat dem Antrag zugestimmt, nachdem verdeutlicht wurde,

dass nicht Privatfirmen, sondern die Stadtwerke bauen sollen.

Bereits 2011 hatte die CDU/FDP-Landesregierung vereinbart, dass zwei Prozent der Fläche Hessens für Windkraft reserviert werden und alle Gemeinden mit ausreichend windgeeignete Flächen ausweisen sollen. Ohne Gegenstimmen legte die Regionalversammlung Mittelhessen 2016 im Teilregionalplan Energie die WEA-Standorte fest, auch die Marburger.

In Umfragen unterstützt eine große Mehrheit der Deutschen die Windkraft. Laut Yougov hielten Anfang d.J. 73 Prozent der Befragten den Bau weiterer WEA für wichtig.

Anti-Windkraft-Initiativen schaffen es jedoch, bei zukünftigen Anrainern*innen Angst und Schrecken zu verbreiten. Unverhohlen wird auf einen angeblichen Wertverlust ihrer Immobilien verwiesen. Obwohl im ersten Halbjahr 2020 35 Prozent des Stroms aus Windkraft stammte, wird sie für unbedeutend erklärt.

Außerdem eignet sich der nicht wahrnehmbare Infraschall bestens,

Panik zu verbreiten. Obwohl man an Straßen und in fahrenden Pkws einem um vielfach stärkeren Infraschall als in der Nähe von WEA ausgesetzt ist, wird er jetzt zum Gesundheitsrisiko hochstilisiert.

Anstatt sich mit den „alternativen Fakten“ der Anti-Windkraftszene offensiv auseinanderzusetzen, stellen sich CDU, FDP und BfM gegen den Bau von WEA in Marburg und hoffen, von der Stimmungsmache gegen die Windkraft zu profitieren. Sie tun so, als wäre die Entscheidung, ob und wo in Marburg gebaut werden darf, nicht längst durch den Regionalplan lägefallen. Außerdem behaupten sie, der Bau von WEA in Marburg rechne sich mangels Wind nicht. Fragt sich nur, warum Windenergiefirmen dennoch hier investieren wollen.

Die SPD hält sich einen Notausgang offen. Gebaut werden könne nur, wenn die direkten Anrainern zustimmen, sagt die SPD in Moisch, wo eine WEA-Fläche in der Nähe ist. Als wenn die Klimakrise nicht alle angehen würde. Nico Biver



▲ Nach Schließung des Edeka-Marktes könnten bezahlbarer Wohnraum, Grünflächen und ein neuer Markt entstehen.

Chance für Nordviertel

In Marburgs Nordstadt bietet sich eine Chance auf Wohnbebauung im Sinne der sozial-ökologischen Verträglichkeit: nämlich innenstadtnah, mit unmittelbarer ÖPNV-Anbindung, mit einer gewachsenen Infrastruktur und großem Bedarf an bezahlbaren Mieten. Im August bestätigten sich Gerüchte, dass der Edeka-Markt schließt.

Das Gebiet mit den Flächen, die zum Verkauf stehen, liegt im Bereich eines gültigen Bebauungsplans, innerhalb des Sanierungsgebietes „Nordstadt/Bahnhofquartier“. Eine Wohnbebauung im Mischgebiet ist seit mehreren Jahren möglich und deutlich vereinfacht worden. Das kann man sich seit Kurzem in der

Gisselberger Straße anschauen.

Es liegt an den politisch Verantwortlichen in Marburg, den vielen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Über städtebauliche Verträge muss auch im innerstädtischen Bereich geförderter und sozial gerechter Wohnraum geschaffen werden. Mit der begonnenen Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet bietet sich dies geradezu an.

Bedauerlicherweise ist nach der Schließung des Edeka-Marktes kein Lebensmittelnaheversorger in unmittelbarer Nachbarschaft mehr vorhanden. Nicht nur aus Aspekten des Klimaschutzes und der kurzen Wege sollten von der Stadt sämtliche Anstrengungen unternommen werden, hier einen neuen Nahversorger zu gewinnen. Über ein städtebauliches Konzept ist hier sogar folgendes Szenario möglich: Um einen Nahversorger an der Stelle zu gewinnen, könnte im Erdgeschoss ein Lebensmittelmarkt etabliert werden, darüber Wohnungen. Dieses Projekt wird vielerorts bereits umgesetzt, auch am oberen Rotenberg in der Marbach soll ein Lebensmittelmarkt mit Wohnungen entstehen. Da es sich in Marburgs Norden bekanntlich fast ausschließlich um versiegelte Flächen handelt, ist darüber hinaus ein Konzept erforderlich, wie Grünflächen entstehen können, die Aufenthaltsqualität und Abkühlung in innerstädtischer Lage auch während heißer Sommertage ermöglichen.

Tanja Bauder-Wöhr

Foto: Nico Biver

200 nach Marburg – jetzt!

Gastbeitrag von Marita Gabrian, Gabriele Borgemeister und Karin Schwalm

Vier Jahre alt, leider immer noch aktuell und stadtbekannt: Seit 2016 setzen wir uns in der Initiative „200 nach Marburg“ dafür ein, Menschen aus griechischen Flüchtlingslagern zu holen. Von der Fraktion der Marburger Linken wurde die Forderung von Anfang an aufgegriffen und unterstützt. Im Mai 2016 hat das Stadtparlament mit Mehrheitsbeschluss miteinander vernetzt forderten wir die Umsetzung des von der EU beschlossenen Relocation-Programms. Deutschland hatte sich bereit erklärt, 27.500 Geflüchtete (von 160.000) aufzunehmen, die in Griechenland und Italien festsaßen. Aber mit der EU klappte dieses Programm leider schon damals nicht. So gibt es bis heute die katastrophal überfüllten und menschenunwürdigen Flüchtlingscamps. Es musste zu gefährlichen Bränden kommen, damit in den Medien die Dringlichkeit der Evakuierung lauter wurde.

Die neuen Lager in Moria, die provisorisch aus Zelten errichtet wurden, verbessern nichts an ihrer Situation. Deshalb bleibt es bei unseren Forderungen: Evakuierung der Lager und Gewährung von Schutz für 200 Geflüchtete in Marburg! Alle 13.000 Menschen aus Moria könnten problemlos in Hessen aufgenommen werden. Kurt Bunke vom CAF Cöbe hat kürzlich dargelegt, dass eine

Verteilung der Menschen auf die hessischen Landkreise für Marburg-Biedenkopf die Aufnahme von nur 38 Personen bedeuten würde. Hessische Städte stehen bereit, elf davon als „sichere Häfen“. Und die schwarz-grüne Regierung hat ein Landesaufnahmeprogramm im Koalitionsvertrag. Das müsste ernsthaft umgesetzt werden!

Immer mehr Bürger*innen haben für die inhumane Verhinderungspolitik kein Verständnis. Es sind Menschen, um die es geht, nicht nur Zahlen. Menschen, die unfreiwillig ihr Land verlassen mussten und seitdem an den Außengrenzen Europas festsitzen.

Eine kleine Gruppe im Arbeitskreis Kommunale Flüchtlingsaufnahme in Hessen, darunter die Initiative „200nM“, hat versucht, den Betroffenen ein Gesicht zu geben, ihre Geschichten auf Plakate gebracht. Mit Unterstützung der Marburger Stadtwerke, die uns einen Bus überließen, und zwei städtischen Busfahrern, die uns den Tag über begleitet haben, organisierten wir für den 19. September zusammen mit Seebrücke die mobile Ausstellung „Buses of Hope“. Das Motto: Menschen mit diesen Geschichten könnten hier sein. Busse könnten sofort losfahren und sie nach Hessen holen! Alt-OB Vaupel und OB Spies sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft beteiligten sich mit engagierten Reden an der Aktion.

Wir hoffen, dass DIE LINKE im Landesparlament zusammen mit der SPD erfolgreich auf die Landesregierung Druck macht, um das Aufnahmeprogramm für Hessen durchzusetzen!



Foto: privat

▲ Mobile Ausstellung „Buses of Hope“ am 19. September in Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE, Marburg-Biedenkopf, Fraktion DIE LINKE im Kreistag und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Alex Cramer, Inge Sturm, Dorian Tigges, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 7.12.2020

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Ökologische Wende geht nur sozial

Den Wandel in der Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik müssen sich alle leisten können



Foto: Nico Biver

▲ Mitte September hatten die linken Fraktionen in Kreistag und Marburger Stadtparlament Verbände und Initiativen zum Dialog eingeladen, corona-bedingt in die Sporthalle der Beruflichen Schulen

DIE LINKE ist die einzige wählbare Partei.“ Das ist kein Wahlkampf-Slogan; das sagten im September Teilnehmer*innen des kommunalpolitischen Ratschlags zu dem DIE LINKE in Marburg eingeladen hatte. Nur DIE LINKE berücksichtigt in ihrem Programm die Klimakrise; die Grünen hätten sich längst von der Ökologie abgewendet. Jüngstes Beispiel sei die Rodung des Danneröder Waldes mit dem Segen

grüner Landespolitiker*innen.

Tatsächlich droht ein Kollaps der Ökosysteme. Der Bestand von Vögeln sei seit 1995 um knapp 70% zurückgegangen; jeder dritte Schmetterling sei verschwunden, mehr als die Hälfte der Wildpflanzen vom Aussterben bedroht, melden Expert*innen der Nationalen Akademie der Wissenschaften. Die Ursachen sind bekannt: Umstrittene Insekten- und Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat und Neoniko-

tinoide haben das Insektensterben ausgelöst und sind auch am Rückgang der Vogelarten beteiligt. Den Vögeln fehlt es an Nahrung.

Auch der Mensch wird durch Glyphosat gefährdet. Der Verdacht, dass es krebsauslösend wirke, steht im Raum. Gleichzeitig ist bekannt, dass Glyphosat und Neonikotinoide an der Entstehung neurodegenerativer Krankheiten beteiligt sind. In manchen Ländern wird die Parkinson-Krankheit bei Landwirt*innen

bereits als Berufskrankheit anerkannt.

Die Schuld an dem Geschehen allein den Landwirt*innen zuzuschreiben wäre jedoch falsch: Viele haben aus wirtschaftlichen Gründen keine andere Wahl. Eine echte Agrarwende ist nur möglich, wenn die bestehende Agrarpolitik geändert wird. Subventionen müssen an ökologisches Wirtschaften und nicht an die Fläche bewirtschafteten Agrarbodens gebunden sein. Eine solche Änderung würde auch Spekulationen mit Agrarland den Riegel vorschieben.

Nicht zuletzt ist auch ein gesellschaftlicher Wandel erforderlich: eine höhere Wertschätzung der Lebensmittel und eine Akzeptanz höherer Preise für ökologisch produzierte Nahrungsmittel. DIE LINKE setzt sich dabei ausdrücklich auch für den sozialen Aspekt des ökologischen Wandels ein: Eine Sozialpolitik ist notwendig, die gezielt Armut bekämpft. Denn die teureren und gesünderen, weil ökologisch produzierten Nahrungsmittel müssen sich alle Menschen leisten können – nicht nur Besserverdienende. *Ingeborg Cernaj*

Lockdown verschärft Armut

Sofortmaßnahmen des Landkreises erforderlich

Anfang März erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Corona zur Pandemie, was nicht nur auf die Wirtschaft, sondern insbesondere auf ärmere Menschen im Landkreis Marburg-Biedenkopf erhebliche Auswirkungen hatte.

Sofort waren Grundnahrungsmittel und Hygienemittel ausverkauft, da Vermögendere sich reichlich damit eindeckten. Regale in den Märkten leerten sich zusehends. Erst fehlte das Toilettenpapier, anschließend Sonderangebote und schließlich haltbare Grundnahrungsmittel. Für Menschen, die auf preisgünstige Produkte angewiesen sind, geriet das Hamstern zum Problem. Als dann noch die Tafel schloss, nahte für Arme die Katastrophe.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband wies auf die soziale Schieflage der bisherigen staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise hin und kritisierte

das Sozialschutzpaket als „armutspolitische Enttäuschung“. Ausgerechnet für die Ärmsten werde so gut wie nichts getan. Der „Paritätische“ fordert einen monatlichen Zuschlag von 100 Euro sowie eine Einmalzahlung für krisenbedingte Zusatzausgaben von 200 Euro.

Der Bund stellte insgesamt 1,2 Billionen Euro für die wirtschaft-

lichen Folgen der Krise bereit. Allein die Lufthansa erhielt 9 Milliarden Euro – und will dennoch in großem Stil Stellen abbauen. Den größten Teil des Kuchens erhielten natürlich die Industrie und große Handelsketten wie Adidas, der Schuhverkäufer Deichmann und die Modekette H & M, die aufgrund der Krise als Erste ihre Mietzahlungen für die Ladenlokale einstellten – krasse Beispiele für Geiz, Gier und Egoismus.

Derweil gehen Hartz-IV-Bezie-

hende, Rentner*innen und Geringverdienende fast leer aus. Ein einmaliger Bonus wird nur an Familien mit unterhaltspflichtigen Kindern gezahlt. Bei Hartz-IV- und Sozialhilfe-Beziehenden wird der Bonus vom Jobcenter nicht angerechnet. Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes kommt zweifellos auch armen Menschen zugute, vor dem Hintergrund aller erbrachten Finanzmittel jedoch ein schäbig niedriger Betrag.

Doch es wird auch viel Solidarität gelebt. Viele Selbsthilfegruppen in Marburg und im Landkreis schossen wie Pilze nach einem Regen aus dem Boden. Dieses Potential sollte gefördert werden.

Es ist allgemein bekannt: Gegen Armut hilft Geld! Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb den Kreisausschuss auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen und auf Landkreisebene freiwillige Leistungen in den Haushalt aufzunehmen, um bedürftige Menschen vor zunehmender Armut zu bewahren. Wann damit beginnen, wenn nicht jetzt? *Bernd Hannemann*



Foto: Nico Biver

▲ Die höhere Arbeitslosigkeit lässt auch die Zahl der Hartz-IV-Bezieher*innen hochschnellen.

„Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“

So heißt es im Antrag des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf der LINKEN gegen den Ausbau der Autobahn A 49. Vor 13 Jahren, in 2007, hatte der Landkreis Marburg-Biedenkopf einen „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ beschlossen mit dem Ziel, bis 2040 unabhängig von atomarem und fossilem Brennstoff zu werden. Schon bei der ersten Sitzung des Klimaschutzbeirates wurde der Autoverkehr als Klimakiller Nummer eins benannt und Maßnahmen zu dessen Eindämmung diskutiert.

Jetzt aber fordert der Kreisausschuss einen zügigen Weiterbau der Autobahn 49. Dafür müssen hektarweise gesunder Mischwald mit über 200-jährigen Eichen gerodet werden. „Mischwälder zählen als lebenswichtige CO₂-Speicher“, stellt die grüne Hessische Umweltministerin Hinz in ihrem Bericht zum Waldzustand fest. „Nur mit einer angepassten Waldbewirtschaftung können wir dem Klimawandel etwas entgegensetzen“. Deshalb, so Hinz, habe die Landesregierung für den Zeitraum 2019 - 2023 zweihundert Millionen Euro für den Waldschutz und Wiederaufbau des Waldes bereitgestellt.

Da fragt man sich: Wieso torpedieren die hessischen Kommunal-

politiker*innen ihre eigenen Ziele? Als Argument wird auf die Anwohner*innen der vielbefahrenen Bundesstraße 62 verwiesen, die unter massivem Durchgangsverkehr leiden. Der Vorsatz „Von der Straße auf die Schiene“ ist offenbar in Vergessenheit geraten. Die Millionen, die der Ausbau der A49 kosten wird, hätten in den Ausbau der Schienen investiert werden müssen. Denn bekanntlich haben neue Autobahnen stets eine Steigerung des Verkehrs und des CO₂-Ausstoßes zur Folge.

Kleingeredet oder ganz verschwiegen wird ein weiterer Aspekt: Der geplante Verlauf der A49 führt teils durch Trinkwasserschutzgebiet und gefährdet Hessens größtes Trinkwasserreservoir.

Da würden wir es gerne mit Greta Thunberg halten, die den Mut hatte, die „großen“ Politiker zu fragen: „How dare you?“ Wie können Sie es wagen?

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat in der jüngsten Kreistagssitzung einen Antrag zum Stopp des Weiterbaus der A49 eingebracht. Genutzt hat es nicht – die Mehrheit im Kreistag hat dem Antrag der Koalition aus CDU und SPD, in dem der zügige Weiterbau der A49 gefordert wird, zugestimmt.

Ingeborg Cernaj



Foto: Nico Eiver

Keine Mehrheit für eine humane Flüchtlingspolitik im Landkreis

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos wurden Stimmen laut, die sich für eine Aufnahme von Flüchtlingen aus den Lagern aussprechen. In Griechenland werden Menschen ohne Möglichkeit, Asyl zu beantragen, zu menschenunwürdigen Bedingungen in gefängnisähnlichen Zeltlagern untergebracht. An den Grenzen Europas ist jegliche Rechtsstaatlichkeit außer Kraft.

Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik scheitert immer wieder an den Interessen einzelner Mitgliedsländer. Deutschland pocht auf eine europäische Lösung und nimmt symbolisch ein paar hundert Flüchtlinge auf – und das, obwohl viele Kommunen und Städte längst Bereitwilligkeit gezeigt haben, Flüchtlinge aufzunehmen. So hat sich die Stadt Marburg dafür

ausgesprochen, 200 weitere Flüchtlinge nach Marburg zu holen.

Einen ähnlichen Antrag hat DIE LINKE in der Kreistagssitzung im September gestellt: Der Landkreis möge 200 Geflüchtete, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Familien und Kranke aus den griechischen Lagern aufnehmen, zumal die Kapazitäten hierfür vorhanden sind. Die Fraktion der Grünen hatte sich dem Antrag angeschlossen – eine geänderte Haltung, seit die Grünen im Kreistag nicht mehr mit der CDU koalieren.

Novum war, dass die Parteien der regierenden Koalition – CDU und SPD – jeweils konkurrierende Anträge eingebracht hatten: Die CDU wollte die Bedingungen in den Herkunftsländern der Geflüchteten geändert haben; die SPD wollte auf eine gesamteuropäische Lösung warten. Und so stimmten sie jeweils gegen den Antrag des Koalitionspartners – mit dem Ergebnis, dass kein Antrag eine Mehrheit im Kreistag erhielt und zur Frage, wie nach dem Brand in Moria den Geflüchteten geholfen werden könnte, gar kein Beschluss gefasst wurde.

Stillstand im Kreistag – diese Perspektive wird Realität, wenn die Partner der Großen Koalition vor dem Hintergrund der Wahlen im kommenden Jahr wichtige Entscheidungen gegenseitig blockieren werden.

In Bezug auf die Flüchtlingspolitik hat sich in der September-Kreistagssitzung wieder einmal bestätigt: Eine konsequente Haltung für eine humane Flüchtlingspolitik vertritt im Kreistag nur die Fraktion der LINKEN.

Anna Hofmann



Foto: Hannah Freudenstein

▲ Kandidat*innen der LINKEN für den Kreistag (vlnr.): Sigurd Meier (Platz 8), Anja Kerstin Lercher (5), Inge Sturm (9), Miguel Sanchez (10), Christian Bubel (4), Maximilian Peter (6), Anna Hofmann (1), Ingeborg Cernaj (3), Bernd Hannemann (2)

Grundgesetz durch Gurtpflicht in Gefahr?



Foto: Nico Biver

▲ Wer das Impfen für gefährlicher als die Pandemie hält, wird am Ende davon profitieren, dass sich andere am Afföller impfen lassen.

Was ist mit den Deutschen los? Die Bundesregierung ist so beliebt wie nie zuvor, obwohl wir Gesichtsmasken tragen und Abstand halten müssen. Lebt der Untertanengeist noch immer oder sind wir nur einsichtig, weil Schlimmeres verhindert wird? Am Sinn der Schulpflicht, einer Straßenverkehrsordnung und der Steuerpflicht zweifeln nur wenige. Und als es noch Pocken gab, störte auch die Impfpflicht nicht.

Nur als 1976 die Anschnallpflicht beschlossen wurde, war die Empörung groß. Bis zum Bundesverfassungsgericht ging der Streit. Heute gibt es in Deutschland die wenigsten Gurtmuffel weltweit. Vielleicht weil wir erlebt haben, wie die Zahl der Verkehrstoten abnahm.

Mit Corona können wir eine solche Erfahrung nicht machen, sondern nur schätzen, wieviele Opfer es ohne Lockdown gegeben hätte. Vielleicht gibt es deshalb eine laute Minderheit, für die das Grundgesetz auf dem Spiel steht und von der Teile vor gemeinsamen Aktionen mit

AfD, Reichsbürger*innen und Nazis nicht zurückschrecken.

Diese Entwicklung haben sich die Regierenden auch selbst zuzuschreiben. Nicht der Bundestag entscheidet über Ausnahmeregelungen sondern Kanzlerin und Landesregierungen. In der Gesundheitspolitik kommen immer stärker Profitinteressen zum Zuge. Und da die etablierten Medien sich zuweilen in Hofberichterstattung üben, halten viele Menschen Beiträge im Internet für glaubwürdiger, selbst wenn sie noch so einseitig und unprofessionell sind.

Um ihren Widerstand zu rechtfertigen, verharmlosen die Kritiker*innen die Pandemie und überhöhen die eigene Bedeutung. Da wurde die Berliner Demo vom 28. August zu einem historischen Ereignis verklärt. Aber Luftbilder zeigen, dass statt Millionen 40.000 teilnahmen.

Wie bei der Klimakrise finden sich „Experten“ und einzelne Wissenschaftler, die die Szene mit alternativen Fakten versorgen. Das fängt an beim Vergleich der Pandemie mit der Grippe. Die Zahl der Influenza-

Toten wird aufgebauscht und die der Corona-Pandemie kleingerechnet. Auch wenn außer Frage steht, dass weltweit der Verlauf der Pandemie vor allem durch die verschiedenen Maßnahmen zur Unterbindung der Virenübertragung günstig beeinflusst wurde, wird behauptet, die vergleichsweise niedrige Opferzahl in Deutschland beweise, wie ungefährlich die Krankheit sei.

Mit der gleichen Argumentation könnte man auf Geländer verzichten, weil nur wenige Menschen von Brücken stürzen. Auch die vermeintlich massenhaften Opfer des Lockdowns durch Selbstmorde, verschobene Operationen usw. kommen in den Sterbestatistiken nicht vor.

Eine plausible Antwort auf die Fra-

ge, warum weltweit rigorose Maßnahmen ergriffen wurden, bleiben die Kritiker*innen schuldig oder landen bei sich gegenseitig ausschließenden Verschwörungsmysmen.

Dient die Pandemie nur als Vorwand, bürgerliche Freiheiten auszuhebeln? Warum verharmlosen dann Trump und Bolsonaro die Pandemie? Stehen alle Regierungen im Dienste der Pharmaindustrie, selbst in Ländern, wo keine existiert?

Wäre die Pandemie harmlos, würde ein Land wie Kuba – mit staatlicher Pharmaindustrie und 136 Corona-Toten – ohne Not eigene Impfstoffe entwickeln und seine Wirtschaft durch Lockdowns ruinieren.

Das Verhalten der kubanischen und der anderen Regierungen lässt sich ohne Verschwörungen erklären: COVID-19 ist tatsächlich sehr gefährlich.

Nico Biver



Foto: Ina Tannert

▲ Neuer Kreisvorstand der LINKEN: Philip Kaufmann, Birgit Schäfer-Biver, Anja Kerstin Lercher, Hannah Freudenstein, Maximilian Peter (Vors.), Urs Köllhofer, Inge Sturm (Vors.), Dieter Kloszowski, Sigurd Meier, Andrea Sollwedel und Alex Cramer (vlnr.)

Prekär teamen bei der Stadt

Die neuen Honorare für freiberufliche Lehrtätigkeit beim städtischen Marburger Jugendbildungswerk sind nicht höher als vor 12 Jahren. Real sinken sie erheblich. Das JBW fördert Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren durch berufliche, politische und kulturelle Bildung.

Wurden 2008 für Doppelstunden, Tages- und Halbtagesveranstaltungen umgerechnet maximal 15 bis 20 Euro für die volle Stunde gezahlt, sind es heute für alle Formate maximal 18 Euro. Das schließt „die Vor- und Nacharbeit in der Regel ein.“

Lediglich für „seminar- und projektunterstützende Tätigkeiten“, die 2008 mit 11 Euro pro Stunde vergütet wurden, gibt es eine Erhöhung auf 12 bis 14 Euro. Aber selbst dort bleibt man hinter den Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst

zurück, die von 2008 bis 2020 33 Prozent betragen.

Die Stadt Marburg profitiert damit auch von der leider üblichen Ausbeutung von Teamer*innen, bei denen es sich vielfach um Studierende handelt.

Nico Biver

Sozialrechtsberatung

Mindestsicherung zu niedrig, Hartz IV gekürzt, Wohngeld verweigert, Abschiebung angedroht – DIE LINKE Marburg-Biedenkopf bietet in Kooperation mit dem Fachanwalt Dieter Unseld eine kostenlose Sozialrechtsberatung an.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mail, um eine Beratung zu vereinbaren:

Tel.: 06421 / 163873

E-Mail: info@die-linke-marburg.de



Foto: Tim Dreyer

▲ Auf Unterstützung der Landtagsfraktion der LINKEN kann die Bewegung gegen den Bau der A49 zählen: Fraktionsvorsitzende Janine Wissler (3.v.r.) und Landesvorsitzender Jan Schalauske (4.v.r.)